Stv. Vorsitzender Liene unterbricht auf Antrag der Mehrheit der Ausschussmitglieder die Sitzung, um der Bürgerschaft das Wort zu erteilen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung informiert Frau Zorlu, dass bereits im Kreistag ein entsprechender Beschluss zum Ausruf des Klimanotstandes getroffen wurde. Mit einer entsprechenden Resolution könne die Gemeinde ein wichtiges Signal geben. Vor Ort könne man zum Beispiel die Dachbegrünung gemeindlicher Gebäude etc. bereits heute vorantreiben. Die Verantwortung fange hier an. Aus diesen Gründen unterstütze ihre Fraktion den Bürgerantrag.

Herr Utsch teilt die Ausführungen im Bürgerantrag zu einem großen Teil. Jedoch könne er diesem Antrag nicht zustimmen, da er dies für unehrlich halte. Als Begründung hierzu führt er an, dass demnach alle vorherigen Beschlüsse unter dem Aspekt, dem Klimaschutz oberste Priorität einzuräumen, hätten anders getroffen werden müssen. Darüber hinaus gäbe es in Eitorf einen Gewerbebetrieb, der mit dem Vertrieb von Feuerwerksartikeln nicht sonderlich klimaschützend sei. Mit entsprechender Zustimmung müsse man sich gegen diesen Betrieb, der die Gemeinde nicht zuletzt mit Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen unterstütze, aussprechen. Er trägt die Auffassung, dem Klimaschutz in allen Angelegenheiten mehr Bedeutung zu schenken, jedoch gelte es auch hier, abzuwägen.

Herr Rupprecht hält es für unerlässlich, sich mit dem Thema Klima zu beschäftigen. Man müsse die Ängste der Bürger vor dem Klimawandel ernst nehmen. Diese sei emotional höher zu bewerten als der Verlust des Arbeitsplatzes. Er unterstreicht diese Argumentation mit aktuellen Statistiken, die belegten, dass das Vertrauen der Bürger in die Kommunal- und Umweltpolitik schwinde. Man solle sich ernsthafte Gedanken darüber machen, was in der Gemeinde getan werden könne. Auch müsse man lernen, mit sich widersprechenden Anforderungen umzugehen.

Herr Jüdes führt aus, dass dem Antrag auf Kreisebene parteiübergreifend zugestimmt wurde. Und als Signal sollte dies auch in der Gemeinde Eitorf mitgetragen werden.

Im Anschluss an die Debatte lässt stv. Vorsitzender Liene über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.